

Antrag

für die kommende Beiratssitzung

Umweltfreundliche Verkehrsgestaltung mit Lärmreduzierung durch Asphaltierung aller im Beiratsgebiet noch vorhandenen Kopfsteinpflasterstraßen

Der Waller Beirat möge beschließen:

Der Beirat erbittet von der Senatorinnen für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) sowie bremenports GmbH & Co. KG:

- Auflistung der im Stadtteilgebiet Walle vorhandenen Kopfsteinpflasterstraßen(Abschnitte). Die Auflistung soll den jeweiligen
 - Erhaltungszustand von Straßengrund und Fahrbahndecke enthalten
 - sowie die angestrebten Sanierungszeitpunkte.
- Der Beirat spricht sich bei allen zukünftigen Maßnahmen im Straßenverkehr für den Einsatz von radfahrerfreundlichen und lärmreduzierenden glatten Belägen aus.

Begründung:

Mit dem Verzicht der Radwegebenutzungspflicht (§ 2 Abs. 4 StVO) auf immer mehr Straßenabschnitten, dem Wunsch nach „Fahrradstraßen“ und Fahrrad-Schutzstreifen in Verbindung mit der gewünschten Zunahme der Nutzung von ein- und mehrspurigen Lastenrädern, ändern sich nachhaltig die Anforderungen an den Straßenbelag.

Kopfsteinpflaster ist für Radfahrer eine Herausforderung. Viel stärker als im Auto spürt man auf dem Fahrrad jeden einzelnen Stein, wird durchgerüttelt und versucht spätestens nach wenigen Metern, auf den Gehweg auszuweichen. Das ist verständlich, aber illegal. Mit schweren, mehrspurigen Lastenfahrrädern sogar gefährlich für alle.

Für eine umweltfreundliche Verkehrsgestaltung ist es u.a. erforderlich, dass möglichst alle Fahrbahnen einen radfahrerfreundlichen, glatten Belag haben. Am besten eignet sich dafür Asphalt.

Kopfsteinpflaster lässt Fahrzeuge laut holpern, Fußgänger stolpern und Radfahrer bei Regen rutschen. Auch sorgt Kopfsteinpflaster unnötig für zusätzlichen Verkehrslärm.

Um den so verursachten zusätzlichen Verkehrslärm zu reduzieren, die Fahrbahnen sicherer und vor allem für Fahrradfahrer angenehmer zu gestalten, ist bei anstehenden Fahrbahnsanierungen auf Kopfsteinpflaster zu verzichten.

CDU Fraktion im
Beirat Walle

Antrag der Beiratsfraktion der CDU

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Beirat Walle

1. fordert den Senator für Inneres und Sport auf, die seit Jahren versprochenen 110 Kontaktpolizisten-Stellen (KOPs) in den Stadtteilen Bremens zeitnah zu schaffen und bei derzeitigen Vakanzen umgehend neu zu besetzen;
2. fordert den Senator für Inneres und Sport des Weiteren auf, die KOPs ausschließlich entsprechend ihrer ursprünglichen Kernaufgaben (Betreuung der Stadtteile, polizeiliche Präventionsarbeit, Ansprechpartner für die Stadtteilbewohner etc.) in den Stadtteilen einzusetzen und nicht für anderweitige Polizeikernaufgaben wie Anzeigenbearbeitung, Verkehrssachbearbeitung oder Weihnachtsmarkteinsätze abzuziehen;
3. erwartet, dass die Senatskanzlei alle Senatsressorts ausdrücklich auf die in §31 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter beschriebenen Beteiligungs- und Informationsrechte hinweist und diese auch von ihnen einfordert.

Begründung:

Die Kontaktpolizisten leisten in den Ortsteilen und Quartieren unserer Stadt eine wichtige Arbeit, fungieren als soziales Bindeglied und direkter Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. In alltäglichen Fragen der Sicherheit, bei kleineren Konflikten und der Verbrechensprävention sind sie vor Ort. Sie zeigen in ihrem Wirken u. a. deutliche Präsenz auf der Straße und erhöhen somit sowohl das subjektive Sicherheitsempfinden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger als auch die objektive Sicherheit im Stadtteil. Eine weitere Reduzierung dieser wichtigen Arbeit ist den Menschen in unserem Stadtteil schlicht nicht zu vermitteln.

Der Senator für Inneres und Sport hat nun erneut autark entschieden, ohne die Ortsämter und Beiräte vorab zu informieren oder gar zu beteiligen, dass die derzeit 94 KOPs zukünftig einen Teil ihrer Arbeitszeit im Innendienst verrichten müssen, um den

Bearbeitungsrückstau bei den Strafanzeigen abzubauen. Eine entsprechende Dienstanweisung ist den Ortsamtsleitern erst einen Tag vor Beginn der neu geplanten Maßnahme am 31.07.2023 übermittelt worden.

Das bereits im rot-grün-roten Koalitionsvertrag von 2019 ausgegebene Ziel, bis Mai 2023 auf Bremens Straßen 110 Kontaktpolizisten dauerhaft einzusetzen, wurde klar verfehlt. Schon in der letzten Wahlperiode hatte Innensenator Mäurer aus selbstverursachter Personalnot darauf hingewirkt, dass die KOPs einen Teil ihrer bürgernahen Arbeit einstellen, stattdessen fachfremde Tätigkeiten verrichten mussten und die Polizei sowohl Verkehrssachbearbeiter als auch Revierleiter zu Kontaktpolizisten erklären musste.

Die KOPs sind unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsstrategie Bremens für alle Stadt- und Ortsteile und sollten bei verfehlter Personalpolitik und falscher Prioritätensetzung des Senats nicht zum Lückenbüßer werden.

Der Beirat Walle steht hinter den engagierten und hoch motivierten Kontaktpolizisten und wertschätzt ihre Arbeit für die Sicherheit im Stadtteil außerordentlich. Er sieht, anders als der Senator für Inneres und Sport, keine Veranlassung, den KOPs mangelnde Arbeitsbereitschaft zu unterstellen.

Für die CDU-Beiratsfraktion

Franz Roskosch

Bremen, 06.09.2023

Antrag der SPD-Fraktion im Beirat Walle
- an den Senator für Inneres und Sport -

Der Beirat Walle möge beschließen:

Arbeit der Kontaktpolizisten im Stadtteil sicherstellen

- I. Der Beirat Walle bekennt sich zur guten und wichtigen Arbeit der Kontaktpolizisten (KOPs). Insbesondere die Kontaktpflege und die Präventionsarbeit sind ein wichtiges Angebot für die Menschen im Stadtteil und bei den Bürger*innen sehr geschätzt. Dieser niedrigschwellige Ansatz ist ein hervorragendes Angebot der Polizei und sollte grundsätzlich nicht in seinem Umfang gekürzt werden. Abweichend von diesem Grundsatz können temporär Gründe für eine anderweitige Verwendung der KOPs bestehen. Die aktuelle Schwerpunktsetzung der Polizei Bremen auf die Reduzierung der Anzeigenrückstände und eine arbeitsfähige Zentrale Anzeigenaufnahme bewertet der Beirat als solchen Grund.
- II. Der Beirat fordert den Senator für Inneres und Sport auf, dafür Sorge zu tragen, dass wesentliche Tätigkeiten wie die Abnahme der Fahrradführerscheinprüfung an Grundschulen, die Opfernachsorge sowie das gezielte Aufsuchen von Brennpunkten immer sichergestellt werden und so die Präsenz im Stadtteil gewährleistet bleibt.
- III. Der Beirat begrüßt alle in diese Richtung getroffenen Vorkehrungen des Senators für Inneres und Sport. Der Beirat fordert den Senator für Inneres und Sport auf, den temporären Sondereinsatz der Kontaktpolizisten für die Bearbeitung der Anzeigen auf den vorgesehenen Zeitraum zu begrenzen und für die Zukunft eine frühzeitige Information und Beteiligung der Beiräte an Planungen zu veränderten Aufgaben der KOPs – sowohl bei temporären, als auch bei dauerhaften Änderungen – sicherzustellen.

Begründung:

- erfolgt mündlich -

Brigitte Grziwa-Pohlmann, Sonja Kapp und
die SPD-Fraktion im Beirat Walle

Beschlussvorlage für den Beirat Walle

Bestandsaufnahme zur Thematik „Müll in Walle“

Der Beirat Walle möge beschließen,

das Umweltressort sowie die zuständigen, nachgeordneten Stellen „Die Bremer Stadtreinigung“ und „Umweltbetrieb Bremen“ zur Durchführung einer Bestandsaufnahme zum Thema „Müll in Walle“ aufzufordern, um die Ergebnisse im Rahmen einer gemeinsamen Gesprächsrunde mit Beiratsmitgliedern darzulegen. Insbesondere ist der Beirat an folgenden konkreten Umständen interessiert:

- Welche Schwerpunkte sind zu identifizieren?
- Wie hoch sind die Reinigungsintervalle für die verschiedenen Grünflächen?
- Wie oft werden im öffentlichen Raum installierte Müllbehälter geleert? Sowohl im öffentlichen Straßenraum als auch an Grünflächen?

Begründung: Dem Beirat Walle liegen mehrere Bürger:innenbeschwerden vor, die die Zunahme des Müllaufkommens im öffentlichen Raum Walles verdeutlichen, z.B. im Waller Park. Der Beirat bittet die zuständigen Stellen darum, aktiv zu werden, um daraufhin ggf. weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Zum Beschluss in der Beiratssitzung am 14.09.2023

Antrag des Beirats Walle
zur Einsetzung eines Regionalausschusses

Der Beirat Walle beschließt gemäß § 24 Abs. 1 Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter die Einsetzung eines Regionalausschusses „Güterbahnhof“. Der Beirat Walle entsendet sieben Personen in den Ausschuss.

Abstimmungsergebnis: